

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreis:  
Einzelnummer 25 Pf. — Durch Ausdrager oder durch die Post: monatlich 2,50 RM.  
vierteljährlich 7,50 RM. frei ins Haus.

Verlagskonto: Nr. 23385  
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeile mit 10 Wörtern oder deren Raum 60 Pf., abwärts 1,00 RM.  
Sondern und Hochdruckanzeigen, Familiennachrichten, Vereine und Veranlassungen 50 Pf.  
Reklame: Die Reklamzeile, vertikal ober dem Raum, hinter Text 3. —

## Der Aufstand in Albanien.

In Albanien ist ein erster Aufstand der einheimischen Bevölkerung gegen die Italiener ausgebrochen. Einige bedeutende Städte, Antivari, Dulcigno, Santi Quaranta, Tepeleni und Dasciali, sind bereits von den Italienern geräumt. Die Aufständischen, die offenbar von griechischer und jugoslawischer Seite unterstützt werden, stehen vor Valona. Von Italien werden alle Anstrengungen gemacht, um der Aufstandsbewegung Herr zu werden. Fünf Schlachtschiffe und zahlreiche Torpedoboote sind nach Albanien abgegangen. Die italienische Öffentlichkeit ist über die Aufstandsbewegung außerordentlich erregt. Der „Avanti“ veröffentlicht einen Protest der sozialistischen Parteileitung, der die sofortige Räumung Albanien fordert. In einer in Mailand stattgefundenen Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahner und Seelente wurde beschlossen, die Verhinderung der Truppentransporte zu organisieren.

### Die Regierungsbildung

In der demokratischsten aller Demokratien, Deutschland, ist immer noch nicht gelungen. Der Zentrumsparlamentarier Erimborn bemüht sich eifrig, eine Regierung zustandzubringen. Allgemein wird jetzt von zwei Möglichkeiten gesprochen: Entweder ein Block von den Demokraten bis zur Deutschen Volkspartei mit lokaler Unterstützung der S. P. D. oder die Beibehaltung der alten Koalition mit Abstimmungshilfe der Deutschen Volkspartei. Die S. P. D. hat zwar auf ihrer letzten Berliner Konferenz erklärt, mit der alten Koalition nichts mehr zu tun haben zu wollen, aber wer diese Umfallpartei kennt, weiß, daß sie heute so spricht und morgen anders handelt. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen.

### Das vollendete Verbrechen.

Das Urteil im dritten Geißelmordprozess, durch das der Angeklagte Walleshauser zum Tode verurteilt wurde, ist am 13. vom Ministerium bestätigt und am 14. mittags durch Erschießen vollstreckt worden.

Wieder hat die blutige Bourgeoisie einen Racheakt den anderen Verbrechen angereicht.

### Streik der städtischen Arbeiter in Düsseldorf.

In Düsseldorf streiken seit Sonntag nachmittag die städtischen Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke. Viele Betriebe müssen aus Mangel an elektrischem Strom schließen. Die Gasbeleuchtung ist vollständig unterbrochen. Der Streik ist wegen Schiffsdifferenzen entbrannt.

### Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin.

Am 13. Juni fanden in Mecklenburg-Schwerin die Wahlen zum Landtag statt. Es erhielt die Deutschnationalen 23 Mandate, Deutsche Volkspartei 9 Mandate, Mittelstandspartei 4 Mandate, Deutsche Demokratische Partei 4 Mandate, Reichsozialisten 3 Mandate, Unabhängige Sozialdemokratie 3 Mandate, Kommunisten kein Mandat.

### Justiz.

In Bonn sind vier junge Leute „wegen Befudlung des Deutschen Wilhelm I. mit roter Farbe“ zu je 2-Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Das ist ein unerhört grausames Urteil. Es wäre im Interesse der Justiz zu wünschen, daß jeder Strafrichter, ehe er sein Amt antritt, wenigstens einen Probemonat Gefängnis abfüße — die „Jahre“ würden ihm später etwas weniger glatt vom Munde gehen.

Es sind im Wahlkampfe übrigens gerade von den Hohenzollern-Schwärmern ganz andere Dinge besudelt worden als steinerne Andenken an jene Dynastie, deren einstige Bedeutung ein armseliger roter Farbfleg doch wirklich nicht beeinträchtigt.

### Polen am Ende!

Die Polen, die in den letzten Wochen die Welt mit ihren Siegesmeldungen überschütteten, sind jetzt selbst gezwungen, ihre Niederlagen einzugestehen. Sie geben bekannt, daß die Ukraine von ihnen völlig geräumt wird. Kiew ist wieder in der Hand der Roten Armee. Um zu retten, was noch zu retten ist, hat sich die polnische Regierung entschlossen, die Russen um Frieden zu bitten. Dieses Friedensangebot wird wahrscheinlich keinen Erfolg haben. Wer von der Entente ist, muß eben daran sterben. Diese Erfahrung der letzten Jahre wird sich auch wieder bei Polen bewahrheiten. Im übrigen wird die Entwicklung der sozialen Revolution in Polen durch die militärische Niederlage sehr gefördert.

### Neue Lügen

werden wieder über Rußland ausgestreut. Eine Gegenrevolution, an deren Spitze der General Brussilow stehen soll mit Erfolg ausgebrochen sein. Auch die Börse reagierte schmerzhaft auf diese eckige Reitermeldung. Wie oft ist nach der bürgerlichen Tagespresse Rußland schon zusammengebrochen, sind Lenin und Trotski ermordet worden oder geflohen! Solange es bürgerliche Zeitungen gibt, werden die bösartigsten Lügen über Rußland kolportiert werden. Proletarier, fällt auf diese ecklen Schwindel nicht herein. Sowjetrußland ist nicht das Deutschland Wilhelm II. oder Ebert I., das zusammengebrochen ist und zusammenbrechen wird.

### Finnland und Sowjetrußland.

Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen haben programmäßig am 10. Juni in Dorpat begonnen. Die finnischen Unterhändler sind die früheren Ministerpräsidenten Passikivi und Bannola, der bisherige Minister Frey und der ehemalige Kriegsminister General Walden. Sowjetrußland wird von den Delegierten Berjinaf und Ken-schitsky vertreten.

### Der Bolschewismus in Persien.

Die „Times“ meldet aus Teheran vom 10. Juni: Rutschik Khan hat sich nach einigem Schwanken für den Leninismus entschieden und hat sich selbst in Rescht zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister der „persischen Sowjetregierung“ ausgerufen.

### Spaa.

Die Spaa'er Konferenz, an der bekanntlich auch Deutschland teilnimmt, ist nunmehr endgültig auf den 2. Juli festgesetzt.

## Die widerspenstige U. S. P. D.

E. K. Gelegentlich der offiziellen Abgabe der Reichstagsfraktion der U. S. P. an die bürgerlichen Parlamentarier in der Frage der Beteiligung der U. S. P. an einer Koalitionsregierung offenbart die S. P. D. und namentlich die hiesige „Volkswacht“ wieder einmal „politische Urteile“. Die Leitartikel der „Volkswacht“ standen in den letzten Tagen auf einem so unmöglichen Niveau, daß man es eigentlich nicht nötig hätte, sie in ernsthafteste politische Betrachtungen einzubeziehen. Da sich aber in der letzten Mitgliederversammlung der S. P. D. Einigkeit darüber zeigte, daß die Taktik der U. S. P. der Arbeiterschaft angeblich unerhört schade, muß man sich wohl oder übel mit der „Volkswacht“ über diesen Punkt unterhalten. Innerhalb der von marxistischem Geiste ganz und gar verflochtenen, über die einfachen Bedingungen des Klassenkampfes unklaren S. P. D. gibt es ganz haarsträubende Auffassungen. Wenn ein Politiker Meinungen von sich

gibt wie die, daß Parteien einen Bürgerkrieg „machen“ könnten — so gestehen wir, daß wir im Rahmen unseres Blattes nicht die Möglichkeit haben, ihm über diesen Unfug die Augen zu öffnen. Wenn jemand in der Dienstagnummer der „Volkswacht“ behauptet: „Marx hat aber sehr gut gewußt, daß die Arbeiter ihren Klassenkampf gar nicht anders führen können, denn als einen Kampf um die Hebung ihrer Lebenslage“ und diese Behauptung obendrein zur Begründung des gewerkschaftlichen Reformismus heranzieht (man muß fürchten) ist alles Debattieren umsonst. Nämlich der Begriff Klassenkampf sagt ganz einwandfrei aus, daß es nur auf die Zertrümmerung des bürgerlichen Klassenstaates durch die proletarische Klasse ankommt und daß die Besserstellung der Arbeiter nur so lange im Sinne dieses Kampfgedankens liegt, als mit Bewußtheit in erster Reihe auf eine Schwächung der Gegner hingearbeitet wird. Der Leitgedanke des Aufsatzes ist

bildhübsch. Er stellt die U. S. P.-Taktik dar als bewußt auf die Verelendung des Proletariats eingestelltes Maßziel. Eine proletarische Partei kann durch ihre „Taktik“ also die ökonomische Lage der Arbeiterklasse so lange verschlechtern, bis das Proletariat dem Kapitalismus an die Gurgel springt. Selbst Anna Blume hätte das wohl kaum gedacht, wie viel weniger Karl Marx! In demselben Sinne stellt übrigens die S. P. D. die „Errungenschaften“ der „Revolution“ dar — nicht als einen Erfolg der Aktivität der Arbeiterklasse, sondern als einen ihrer Partei. Die Masse aber war damals aktiv nicht durch, sondern trotz der S. P. D. Sie bildet sich tatsächlich — in vollem Ernst schreibt das der Herr Leitartikler hin! — ein: die Koalition mit dem Bürgertum habe der Arbeiterklasse genügt, die Zerschlagung der Koalition müsse ihr schaden.

### Sieben Freunde!

Hier steht der Prolet und drüben der Ausbeuter. Solange ihr euch zwischen sie stellt, leistet ihr dem einen keinen Dienst, helft aber dem anderen und versucht den Gang der Entwicklung aufzuhalten. Daß das trotz der größtlichen Verdrehungen und Entstellungen nicht geht, zeigt euch der Ausfall der Wahl. Ihr habt die Schlagkraft der Klasse zerbrochen, indem ihr euch mit jenen Leuten an einen Tisch setzt. Die Besserungen: wie z. B. Währungsreform, Abschaffung der Affordarbeit, Wahlrecht, hat sich die Klasse im November selbst geholt — ohne eure „Regierung“ und später, im Ablauf der ersten Revolutionswelle, gegen eure Regierung (Handgranate — M. G. — Gustav Noske). Eure „Leistung“, eure ganze, schöne, positive Mitarbeit sinkt zum Himmel. (Schule — Betriebsräte — Befassung — Demokratie — Reichswehr — Freikorps — sogar Steuern.) Und trotzdem hat das Proletariat geglaubt. Glaubt es: sieh ja Sozialisten und Arbeiterführer dort drin, in der Mehrheit sogar, die werden es uns schon machen. Das war das Verbrechen am Proletariat. Wir behaupten nicht, daß alles an Unfähigkeit und bösem Willen eurerseits gelegen hätte, wir denken nicht daran! Wir wissen: jedes Bakterien mit der Bourgeoisie muß naturnotwendig zum Schutze der bestehenden Macht ausfallen und gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Es gibt keine „Vorteile“, die für das Proletariat erhandelt werden können in einem bürgerlichen Parlament, in einer Koalition. Der Glaube der Arbeiterschaft, die Sozialisten in einer bürgerlichen Regierung würden es schon machen, dieser Glaube zermürbt die revolutionäre Energie der Masse. Wer ihn erweckt oder stärkt, macht Konterrevolution. Das machen wir natürlich nicht mit. Wir sind nicht von euch gegangen, um nur wieder mit euch vereint die Revolution zu erschaffen. Wir werden den Massen in die Ohren schreien Tag und Nacht den Satz von Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche der Lohnsklaverei kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Denn wir sind Revolutionäre und wir sind Sozialisten. Traut man uns denn wirklich zu, daß wir den Wahlkampf mit bewußten Lügen führten? Haben wir nicht jedem unserer Wähler unablässig zugerufen: fort mit der Koalition, der Parteigemeinschaft, dem Handelsgeheim! Klare Scheidung: nie Sozialismus — nie Kapitalismus! Klare Entscheidung: Sieg oder Niederlage — durch Kampf — Klassenkampf — nicht per Verhandlung. Ob der Verfasser des Artikels wirklich alles glaubt, was er da sagt? „Künstlich und absichtlich herbeigeführt: politische Verelendung“ (wörtlich!) sollen wir wollen; wollen dadurch, daß wir auf die Koalition verzichten. Glaubt einer wirklich daran, daß der Verelendungsprozess durch den Eintritt der U. S. P. D. in die Regierung aufgehalten, daß die U. S. P. D. die Krise des Kapitalismus „heilen“ könne, die Unternehmersabotage verriegeln könne, von oben her — ohne Aktion der Masse, ohne durchgreifende (d. i. ertümpelte) von der Masse ertümpelte) Aenderung der Machtverhältnisse? Glaubt einer, der Bürgerkrieg würde verhindert oder nicht verhindert, wenn und weil eine politische Oppositionspartei in die Regierung eintritt oder nicht eintritt? Hat die Gegenrevolution keine ökonomische Basis? Ist der Entwicklungsprozess wirklich so abhängig von Bewegungen an der Oberfläche?

Was kommen muß, wird kommen. Das Proletariat wird die Sache selbst in die Hand nehmen, ob die U. S. P. D. oder wer in der Regierung sitzt. Was uns anlangt,



so haben wir allerdings zu wenig Zeit für Ministerfesse, Folter, Ober-, Regierungspräsidentenmässigen und Genbräupfischen.

Wir setzen uns viel lieber ein bisschen zu den Betriebsbeleglasten und spielen Stat. Später wird es sich zeigen, wer von uns positive Arbeit geleistet hat. Wir sind nicht so — und geben euch gerne zu: Wir alle beide.

Ihr für Bourgeoise,  
Wir für das Proletariat.

Proletariat Deutschlands, vereinigt euch in den Arbeiterräten!

## Aus der Internationale.

### Die Strafkompagnien in Italien.

Genosse Alessandri, Mitglied der Kammerfraktion der proletarischen sozialistischen Partei, schreibt im "Avanti":  
„Die sozialistische Partei hat recht, Delegierte nach Ungarn zur Untersuchung der Behandlung der Kommunisten in den Konzentrationslagern zu senden. Aber dringender noch ist die Notwendigkeit einer Untersuchung der Behandlung der Rebellen in unserem eigenen Lande, Sozialisten sowohl wie Anarchisten, in den Strafkompagnien (Compagnie di Disciplina) zuteil wird.“

Es ist unsere heilige Pflicht, aufs energischste die Errichtung von Strafkompagnien zu bekämpfen. Es ist ein dem Militarismus würdiges Verbrechen, daß junge Genossen beim Eintritt in den Militärdienst in diese Kompagnien gezwungen werden, einzig, weil sie Sozialisten sind.

Auf eine kürzliche Anfrage meinerseits, ob es in dieser demokratischen Zeit nicht notwendig wäre, die Bestimmungen des Artikels vom 10. August 1918 zu ändern, damit ein Soldat nicht länger gezwungen ist, direkt oder indirekt seine politische Überzeugung zu verleugnen, antwortete der Unterstaatssekretär, Herr Agnelli, mit wahrhaft demokratischer Unverschämtheit. Das in Frage stehende Zirkular, erklärte er, wie jedes andere Zirkular des Kriegsministeriums, sollte die politische Überzeugung der Soldaten nicht im mindesten beschränken, oder sie irgendwelche Aufsichten entgelten lassen. Allerdings! Nur wird ein Soldat, der eine sozialistische Zeitung liest, 14 Tage oder einen Monat eingesperrt. Nur werden Soldaten, die sozialistische Ansichten äußern, in die Strafkompagnien geschickt.

Da ist z. B. der Fall des Genossen Edmondo Peluso. Bei seiner Rückkehr nach Italien wurde er verhaftet, den Militärbehörden übergeben, von einem Gefängnis zum anderen geschleppt und schließlich der Fürsorge der Strafkompagnie in Panga überantwortet. Sein Verbrechen? Er ist Sozialist. Und sein Fall ist der von Hunderten, ja Tausenden junger Soldaten, die in Häuser des Todes eingeschlossen werden. Dort sind sie gezwungen, unter gemeinen Verbrechern zu leben, ihre Tage in quälendem Mühseligem oder in nutzloser Arbeit zu verbringen, sie sind der Polizeijur unterworfen und oft selbst der Waise ihrer Angehörigen beraubt, man erlaubt ihnen nicht, die künftige gewöhnlich ungenießbare Kost durch weitere Nahrung zu ergänzen, man verbietet ihnen, irgendwelche Zeitungen oder Bücher politischen Inhalts außer ganz orthodoxen zu lesen, und unterwirft sie zu alledem den Härten der Gefängnis-Disziplin!

Diese Schande muß aufhören. Sie muß von der Parlamentarismus und auf den Straßen verbannt werden. Die Proteste der Abgeordneten müssen begleitet, unterstützt und verstärkt werden durch die Massen. Als Beginn der Agitation sammle ich Latachen zum Gebrauch und zur Information der Kameradengruppe und der Parteileitung. Es wird notwendig sein, ein möglichst genaues Verzeichnis aller Soldaten zu haben, die in den Strafkompagnien schmachten, mit Einzelheiten über jeden Fall.

Es muß alles geschehen, um die Schmach ihrer Weiden zu entfernen. Indem wir diese Agitation mit aller Energie

durchführen, können wir zugleich unsere jungen Genossen retten und den wahren Charakter der Segnungen des Militarismus aufzeigen.“

### Neue Verbrechen im kaisertlichen Ungarn.

Der „Az Ember“ berichtet: Am 1. Juni abends 9 Uhr drangen in Kiskunfelegyhaza bewaffnete Soldaten in das Gefängnis des Bezirksgerichts. Sie schleppten aus den Gefängniszellen die seit August vorigen Jahres dort befindlichen, seither aber noch nicht eintretenden Mitglieder des Ortsdirektoriums Alexander Joany, Anton Hederg, Dr. Csik Martouffy und Alexander Remedy in den Hof des Gerichtsgebäudes. Hier wurden die vier Häftlinge von den Soldaten überfallen, entsetzlich geprügelt und blutig geschlagen. Die



## Genossen!

Die Konterrevolution schläft nicht.  
Sie rüstet unaufhörlich!

Denkt daran und trefft eure Gegenmaßnahmen.



Bewohner der Gemeinde hörten die hellenden Hilferufe der Opfer der Hejjas-Schergen bis spät nach Mitternacht, aber niemand wagte, den Behauernswerten zu Hilfe zu eilen. Die Soldaten prinzipal Hederg und Martouffy mit Knüttelstieben und Bajonettstichen, bis beide im Hofe des Gefängnisgebäudes starben. Alexander Joany, dem die Würder l.b.n.s. gefährliche Stiche und Kontusionen beibrachten, wurde nach Kacemet in das dortige kaisertliche Spital gebracht; von Remedy, den die Soldaten des berüchtigten Hejjas-Detachements aus Kiskunfelegyhaza verschleppten, fehlt jede Spur. Die Würder verschleppten außerdem noch mehrere Sozialisten und Kommunisten aus dem Gefängnis und überführten sie nach Kacemet in die Kaserne Hejjas's, wo sie in Todesangst ihres weiteren Schicksals harrten.

## Republik Deutschland

### Die Praxis der Kriegsgerichte im Ruhrgebiet.

Für zwei Stunden Waffentragen fünf Jahre Zuchthaus.  
Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel hat am 30. März den 18-jährigen Bergmann Emal Müller aus Homborn zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, weil er sich als Angehöriger der sogenannten roten Armee des schweren Auftrages schuldig gemacht haben soll. Müller hat nur zwei Stunden Dienst getan. Er war angefangs seiner Jugend mit der Waffe nicht ausgebildet, konnte also auch nicht schießen und als von der Gegenseite das Feuer begann, lief er zur Reichswache über und gab sich gefangen. In der Begründung des Urteilspruchs heißt es wörtlich:

Von einer Verhängung der Todesstrafe hat das Gericht Abstand genommen, da der Angeklagte anscheinend nur ein Mitläufer ist und übergelaufen zu sein scheint, also nachträglich möglicherweise Bedenken belommen hat.

Im übrigen wurden müdernde Umstände verflagt. Wer sich einer Bewegung anschließt, die es offenbar nur auf Umwälzung und Kampf gegen die rechtmäßige Regierung abgesehen haben kann, da am 26. März 1920 von einer Gefahr von nicht geringe mehr sein konnte, verdient keine Milderung. Er hat bewußt dazu beigetragen, sein Vaterland der Gefahr völliger wirtschaftlicher und politischer Vernichtung auszuliefern. Mit Rücksicht darauf und weil

der Angeklagte erst 18 1/2 Jahre alt ist, erachtet der Landhausstrafe von 5 Jahren erforderlich und angemessen. Infolge seines gemeindefählichen Verhaltens erachtet es weiter erforderlich, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 10 Jahren abzuerkennen und die Polizeiaufsicht für zulässig zu erklären.

Das Gericht muß also selbst zugeben, daß Müller nur ein Mitläufer war, trotzdem kommt es zu der infam hohen Bestrafung. Der Minderjährige sitzt gegenwärtig im Zuchthaus zu Bries in Gemeinschaft mit alten, berufsmäßigen Verbrechern und ist den schlimmsten sittlichen Gefahren preisgegeben.

So arbeitet die deutsche Justiz gegen Proletariat.



## Näthenachrichten.

### Betriebsrätekonferenz in Oberschlesien.

Am Sonntag, den 8. Juni, tagte in Königsbütte der 1. allgemeine Betriebsrätekonferenz für das obereschlesische Abstimmungsgebiet. Der von den Genossen Karg und Jach in der Vorsitz und polnischen Sprache begründete Arbeitsplan auf der Grundlage des Entwurfes der Zentrale der Betriebsräte (Berlin) wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen, ebenso zwei vom Genossen Speil-Kattowitz vorgelegte Resolutionen, die wir im Auszug folgen lassen:

Der am 6. Juni d. J. in Königsbütte tagende erste Kongress der Betriebsräte Oberschlesiens bekräftigt sich einmütig zu dem von der 20ers-Kommission aufgestellten Arbeitsplan, der eine Betriebsräteorganisation als gemeinschaftliche Kampforganisation der obereschlesischen Arbeiterklasse gegen das Kapital verlangt. Nicht Sonderinteressen einzelner Gewerkschaften, sondern der Aufstieg der Arbeiterklasse ist leitender Grundgedanke für die Betriebsräte. Der Kongress bekräftigt den abschließenden Standpunkt der gewerkschaftlichen Arbeitergemeinschaft...

Der Vollzugsausschuß der obereschlesischen Betriebsräte wird beauftragt, im Rahmen der aufgestellten Richtlinien bald zur praktischen Arbeit zu schreiten, um das obereschlesische Proletariat in Gemeinschaft mit den revolutionären Gewerkschaften und Parteien aus der Abhängigkeit des Kapitals herauszuführen zum endgültigen Sieg der Hand- und Kopfarbeiter unter der Devise: „Alle Macht den Betriebsräten!“

In der zweiten Resolution heißt es:

Der Kongress verurteilt entschieden die nationalen Monarchisten in Oberschlesien und betont die Notwendigkeit, daß sich die gesamte obereschlesische Arbeiterklasse von allen diesen Freiheiten fernhält und eine geschlossen kämpferische Front aufbaut gegen Kapital und Reaktion. Die Kampffront darf nicht durch nationale Streitigkeiten zersinken werden. Die obereschlesischen Arbeiter sind entschlossen, sich ebenso energisch gegen Übergriffe fremder Mächte zu wenden.

Die verammelten Betriebsräte geloben, in ihren Betrieben dafür einzutreten, daß in keinem obereschlesischen Werk Kriegsmaterial hergestellt wird, das zum Kampf gegen Sowjetrußland Verwendung finden soll.

Der Kongress bekundet den russischen Arbeitsbrüdern seine Sympathie im Kampf der Arbeit gegen den Imperialismus.

Der Kongress war von 108 Betrieben mit 820 Delegierten besucht.

### Vollversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirktes Halle-Leipzig.

Die von mehr als 800 Delegierten aus allen Kreisen des Wirtschaftsbezirktes Halle-Leipzig, sowie von Sachsen aus Hamburg, Dresden, Thüringen und Süddeutschland zusammengekommene Vollversammlung der Betriebsräte des mitteldeutschen Bezirks brachte nach Beratungen der Genossen Däumig, Rosen und Walzahn zum Ausdruck, das Räteplem nicht nach dem 106 Paragraphen des sogenannten Betriebsrätegesetzes, sondern im revolutionär-sozialistischen Sinne zu verwirklichen. Sie bekannten sich zum Programm der unabhängigen Sozialdemokratie, die alle Bestrebungen unterstützt, die Räteorgan-

## Die Antwort Moskaus.

(4. Fortsetzung.)

Im Zusammenhang mit allem Vorhergehenden erklärt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

a) Die Kommunistische Internationale stellt gegenwärtig die größte Kraft vor, die schon die wichtigsten wirklich revolutionären Elemente der internationalen proletarischen Bewegung vereint hat.

In dem ersten konstituierenden Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau (März 1919) nahmen folgende Parteien und Organisationen teil:

1. Kommunistische Partei Deutschlands.
2. Kommunistische Partei Rußlands.
3. Kommunistische Partei Deutsch-Osterreichs.
4. Kommunistische Partei Ungarns.
5. Parte der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei.
6. Sozialdemokratische Partei Norwegens.
7. Sozialdemokratische Partei (Opposition) der Schweiz.
8. Schweizerische J. S. P.
9. Arbeiter- und Bauern-Partei (Bolschewische Partei) der Tschechoslowakei und kommunistische Partei Rumänlands.
10. Kommunistische Partei Polens.
11. Kommunistische Partei Finnlands.
12. Kommunistische Partei der Ukraine.
13. Kommunistische Partei Schwedens.
14. Kommunistische Partei Lettlands und Estlands.
15. Kommunistische Partei Litauens.
16. Kommunistische Partei Estlands.
17. Kommunistische Partei der deutschen Kolonien in Rußland.
18. Kommunistische Partei Spaniens.
19. Vereinigte Gruppe der Dardanellen Rußlands.
20. Arbeiter-Partei von der Insel.
21. Französische kommunistische Gruppe.
22. Belgische kommunistische Gruppe.
23. Schwedische kommunistische Gruppe.
24. Englische kommunistische Gruppe.

25. Französische kommunistische Gruppe.
26. Amerikanische Liga der kommunistischen Propaganda.
27. Schweizer kommunistische Gruppe.
28. Sozialdemokratische Partei Hollands.
29. Türkischer Sechies des Zentralbüros der Arbeiter.
30. Türkische „ „ „ „ „ „ „ „
31. Griechische „ „ „ „ „ „ „ „
32. Arabische „ „ „ „ „ „ „ „
33. Peruanische „ „ „ „ „ „ „ „
34. Sozialistische Arbeiterpartei Finlands.
35. Bremer Arbeiter-Kommunisten.
36. Arbeiterverband Korea.

In den 940 Resourcen, die seit dem konstituierenden Kongress vorgegangen sind, sind folgende Berichte über die Solidarität mit der Kommunistischen Internationale einlangt. (Wir bemerken, daß unter angeführte Angaben sehr unvollständig sind; in Wirklichkeit sind der Dritten Internationale viel mehr Parteien und Organisationen beigetreten.)

Am 19. März 1919 wurde der Beschluß des Komitees der Russischen Sozialistischen Partei über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale gefaßt.

Am 8. April 1919 wurde der Beschluß des Kongresses der Norwegischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale gefaßt.

Am 10. Mai 1919 erhielten wir die Mitteilung von dem Beitritt des Schwedischen Sozialdemokratischen Jugendverbandes zur Dritten Internationale.

Am 14. Juni 1919 wurde der Beschluß des linken Flügels der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei über den Beitritt zur Dritten Internationale gefaßt.

Am 22. Juni 1919 erhielten wir die Mitteilung des Politbüros der Russischen Sozialdemokratischen Partei über ihren Beitritt.

Am 20. Juni 1919 erhielten wir die Mitteilung des Politbüros des Zentralkomitees der Belgischen Kommunistischen Partei über den vollzogenen Beitritt zur Dritten Internationale.

Im Juli 1919 beschloß der Kongress der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, der Dritten Internationale beizutreten. Bei dem Referendum sprach sich dafür nur die Minderheit, aber eine sehr bedeutende, aus.

Im August 1919 faßte der Kongress der Sozialisten der Vereinigten Staaten den Beschluß, der Kommunistischen Internationale beizutreten. In Amerika bestehen gegenwärtig zwei kommunistische Parteien. — Beide gehören der Dritten Internationale an.

Genauso im August 1919 haben wir die Mitteilung von dem Beitritt der Kommunistischen Partei Ogalienas zur Dritten Internationale erhalten.

Im September 1919 liefen Nachrichten über die Vereinigung der Sozialistischen Partei Estland-Sethringes mit der Kommunistischen Internationale ein. Derselben Nachrichten erhielten wir in diesem Monat von der Ukrainischen Föderation der sozialistischen Parteien in Amerika und über eine Reihe spanischer Arbeiterorganisationen.

Im Oktober 1919 bestätigte der Kongress der Italienschen Sozialistischen Partei in Bologna mit ungetrauer Mehrheit den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

Am 23. Oktober 1919 lief der Bericht ein über den Beschluß der Britischen Sozialistischen Partei, der Dritten Internationale beizutreten.

Am 20. November 1919 lief die Nachricht ein über den Beitritt der Böhmisches, der Tschechinger und der Kroatischen Sozialistischen Parteien zur Dritten Internationale. In demselben Monat erhielten wir die Mitteilung, daß in einer der europäischen Städte ein internationaler Kongress der Arbeiterjugend stattfand, an dem die Delegierten von 22000 Mitgliedern der Partei teilgenommen haben, und der einstimmig beschloß, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Im Dezember 1919 wurden auf dem Kongress der Spanischen Sozialisten für die Dritte Internationale 12500 Stimmen, gegen dieselbe 14000 Stimmen abgegeben.

(Schluß folgt.)



ation sich vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszuweisen und sie zu Schulen für die Diktatur des Proletariats. Im Gegensatz zu dem Verhalten mancher Gewerkschaftsführer der alten Schule in anderen Bezirken erklärten in Halle die Vertreter der Organisationen und Bezirksleitungen in einer zur Klärung des Verhältnisses zwischen selbständiger Betriebsratsorganisation und Gewerkschaften stattgefundenen gemeinschaftlichen Konferenz mit den Spitzenorganisationen einverstanden sind und für den Ausbau der Betriebsratsorganisation wirken wollen. Die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes, die darauf hingingen, die Betriebsräte zu Werkzeugen der Arbeitsgemeinschaft zu machen, wurden abgelehnt, vielmehr verpflichtete sich die Konferenz, den schärfsten Kampf gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft zu führen. Die Vollversammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, wonach die Erfassung aller Betriebsräte des Bezirks sofort und energisch in die Hand zu nehmen, die Betriebsratsorganisation nach den Grundsätzen des Berliner Entwurfs auszubauen und in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, die sich zum revolutionären Klassenkampf bekennen, zu arbeiten ist. Die proungarische Reichsregierung, die als solche anerkannt wurde, soll so schnell wie möglich einen Reichstongress der Betriebsräte zusammenbringen.

### == Kapitalistische Wirtschaft. ==

#### Bom Segen der kapitalistischen Wirtschaft.

In Birmasens lagern ungeheure Vorräte an Schuhzeug. Die Läger bleiben gefüllt, die Fabriken haben den Betrieb eingestellt und 9000 Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße. Es fehlt nicht an Rohmaterial, es fehlt nicht an Arbeitern, auch nicht an Kohle, es fehlt nur an hohen Preisen und fetten Profiten für die Unternehmer, deshalb müssen die Arbeiter barfuß laufen und das Personal der Schuhfabriken hungern, so will es die kapitalistische Ordnung.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hat am 10. Juni über die Stilllegung der Birmasenser Schuhfabriken beraten; der Bericht, den die B. B. N. über diese Beratung veröffentlichten, charakterisiert den kapitalistischen Geist, der in dem von dem „Sozialdemokraten“ Schmidt geleiteten Reichswirtschaftsministerium herrscht. Hören wir: „Staatssekretär Hirsch konnte feststellen, daß diese Stilllegung nicht auf den „böien Willen“, eine sogenannte Unternehmersabotage, zurückzuführen sei, sondern daß tatsächlich eine derartige Überproduktion stattgefunden habe, daß an ein Absetzen der riesigen Läger unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht zu denken war. Die Bankkredite der Fabrikanten sind vollständig erschöpft. Die Arbeitslosenunterstützung für die etwa 9000 feiernden Arbeiter beträgt allein 5—5 1/2 Millionen Mark im Monat. Würden die Fabrikanten ihre Betriebe weiter arbeiten lassen, wären die Risikobeträge, namentlich bei einem weiteren Preisturz, aber noch unverhältnismäßig viel größer als diese Unterstützung. Bei den Besprechungen, die Staatssekretär Dr. Hirsch in Birmasens hatte, wurden zwei Wege als vielleicht gangbar erörtert. Der eine hätte darin bestanden, die Schuhwaren vorübergehend zur Ausfuhr freizugeben, doch mußte man hier von absehen, weil der ungedeckte Inlandsbedarf bei weitem zu groß ist. Eine zweite Möglichkeit liegt darin, die Schuhindustrie durch Aufträge des Reichs zu unterstützen, wobei die Unternehmer im Angesicht der vorherigen Gewinne erhebliches Opfer zu bringen hätten. Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht genommen, durch die Schuhnotstandsversorgung größere Mengen Schuhwerk abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden, Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde unter Mithilfe aller beteiligten Instanzen, auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herren-Straßenschuhe mit etwa 120—125 Mark je Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, andererseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Einwirkung ausüben und so auch den jetzt hochenden Absatz befähigen. Die Fabrikanten verpflichteten sich, sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stillliegen des Betriebes zu vermeiden. Auf diese Weise hofft man, auch den anderen mit Stilllegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man weitere Stilllegungen, die die Interessen aller Bevölkerungsschichten schädigen, vermeiden kann.“

Diese „Lösung“ ist geradezu ein Skandal! Die Schuhfabrikanten haben in den letzten Monaten ungeheure Gewinne eingekassiert. Jetzt sollen ihnen ihre Vorräte zu hohen Preisen von Reich und Gemeinden abgenommen werden, wozu man allgemeine Steuermittel und selbst Fonds der Arbeitslosenversicherung heranziehen will, nur damit die Schuhkapitalisten nicht in ihrem Profit geschmälert werden! Die republikanisch-demokratische Regierung, die schon die Agrarier mit Liebesgaben überschüttet, füttert jetzt auch noch die Unternehmer mit Liebesgaben auf Kosten der Allgemeinheit und verheimlicht damit die so notwendige Verbilligung des unentbehrlichen Schuhzeugs. Tollere kapitalistische Interessenwirtschaft kann auch eine Regierung nicht treiben, die sich nur aus eingestrichelten Vertretern des Großkapitals zusammensetzt.

#### Die Preise steigen wieder.

Die „Breslauer N. N.“ schreiben vom Rohhäutemarkt: Die Abwärtsbewegung der Preise scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Die letzten Versteigerungen brachten meist unveränderte, zum Teil sogar eine Kleinigkeit höhere Preise gegenüber dem niedrigsten Stande. Wohl in Erwartung einer günstigeren Konjunktur haben verschiedene Hautverwertungen die angelegten Auktionen verschoben. Die

Berliner Verwertungen hatten einen Verkauf durch Ausschreibungen ausgeschrieben. Die Verhandlungen mit dem Verbande der Interessenten am Häuteeintaus haben aber dazu geführt, daß voraussichtlich doch wieder Auktionen abgehalten werden. Die Termine werden noch bekanntgegeben werden.

#### == Commerz- und Diskontobank. ==

Der Verschmelzungsprozeß innerhalb des deutschen Bankwesens macht in letzter Zeit erstaunlich rasche Fortschritte. Die Commerz-Bank, die erst vor kurzem mit dem Plan des Zusammenflusses mit der Mitteldeutschen Privatbank und der Breslauer Bankfirma Bachatz hervortrat und zu diesem Zwecke eine beträchtliche Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen hat, übernimmt jetzt die Vereinsbank in Wismar. Diese kleinere Provinzbank, die mit einem Aktienkapital von 1 1/2 Mill. Mt. arbeitet, verfügt über eine Filiale in Rostock und ein Netz von Agenturen in kleinen Orten. Die Auffaugung der letzten selbständigen Provinzbanken geht in schnellem Tempo vorwärts, und die finanzielle Leitung der deutschen Wirtschaft konzentriert sich immer deutlicher bei wenigen Großbanken, die eine Vertretung der Geldwirtschaft in Deutschland anstreben.

#### Amerikanische Produktionsbeschränkungen.

Die bereits berichteten Wirkungen der allgemeinen Geschäftskrise auf den amerikanischen Kleinhandel und die Rückwirkungen der europäischen Wirtschaftskrise auf die allgemeine Geschäftslage haben zu weiteren Produktionsbeschränkungen geführt. Nachdem die Seidenwebereien ihre Erzeugung auf die Hälfte verringert haben, sind jetzt zahlreiche Unternehmen der Wolllwaren-, Schuh- und Lederbranche zu einer Stilllegung geschritten.

#### Erzvorräte in Brasilien.

Die „Rote Fahne“ bringt eine interessante Veröffentlichung über die umfangreichen Erzvorkommen in Brasilien. Da der gesamte Erzvorrat der Welt bisher auf nur 22,4 Milliarden Tonnen geschätzt wurde, mußte mit einer Erschöpfung der Eisenproduktion im Laufe von etwa 100 Jahren gerechnet werden. Jetzt ergibt sich bei einer genaueren Untersuchung der brasilianischen Vorkommen, daß dort ungeheure Gebiete mit großem Erzreichtum vorhanden sind. In dem kleinen bisher abgeschätzten Teile ergibt sich eine Annahme von etwa 8 Milliarden Tonnen. Es bestehen ganze Gebirgsketten aus Eisenstein, dessen Qualität noch besser als die der bekannten besten europäischen Erze in Spanien (Bilbao) und Schweden sein soll. Das internationale Kapital hat sich natürlich bereits auf diese großen Reichtumsfelder gestürzt. Von deutschen Unternehmen sollen die Deutsch-Luzemburgische Gruppe und eine andere große Vereinigung bereits größere Erzlager erworben haben.

#### Industriekonzentration.

Innerhalb der englisch-kanadischen Eisenwirtschaft hat sich eine gewaltige Industriekonzentration vollzogen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, ist dort ein Stahltrust gegründet worden. Er wird den Namen „British Empire Steel Corporation“ führen und über ein Kapital von 500 Mill. Dollar verfügen. Nach dem augenblicklichen Stande der deutschen Waluta entspricht dies einem Markbetrage von etwa 20 Milliarden Mark. Einen ungefähren Begriff von der Bedeutung dieser kapitalistischen Organisation — es ist der zweitgrößte Stahltrust — kann man aus den Angaben gewinnen, daß der Trust eine Vereinigung aller kanadischen Stahlwerke von Bedeutung darstellt, sich mehrere Kohlenbergwerke besitzt. Die Erzreserve des wichtigen Wabana-lagers, das n. a. dem Trust gehört, wird allein auf etwa 3 500 000 Millionen Tons geschätzt. Das ist eine Zahl, die über unser Begriffsvermögen hinausgeht, obwohl wir doch durch die deutschen Reichsschulden an hohe Zahlen gewöhnt sind. Wieder ist es eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Kapitalisten gelungen, das Verfügungsrecht über unermeßliche Erdschätze und gesellschaftliche Wirtschaftskräfte an sich zu ziehen. Ihre profitwirtschaftlichen Interessen werden als Gemeininteressen deklarieren. Und für den Widerstreit dieser Interessen müssen die Völker den Buckel herhalten, wie das schauererregende Beispiel des noch nachzudenken Weltkrieges allen klar gezeigt hat.

### == Partei-Literatur. ==

#### Das Postsystem.

Eine politische und satirische Abrechnung von Felix Stöbinger und Karl Polz, mit ca. 30 Karikaturen. Preis 4 Mt. Im Verlag der „Freiheit“, Ubt. Buchhandel, Berlin C 3, Breite Str. 8-9, ist soeben eine kleine Broschüre erschienen, die auf wenigen Seiten eine vernichtende Abrechnung mit dem System Postle führt. Diese Broschüre kommt keineswegs zu spät; denn sehr richtig ist es nicht die Person des Reichswirtschaftsministers Postle für identisch mit dem Postsystem, sondern das Postsystem für das Ergebnis der politischen Gefühlslosigkeit und Unfähigkeit der Sozialpolitiker. Die Einseitigkeit von Felix Stöbinger sucht dem Wesen des Postsystems auf den Grund zu gehen, indem sie die Fehler der Ober-Landesberg-Politik aufzeigt und ihr ein politisches Programm entgegenschleift.

Die Karikaturen von Karl Polz sind nur zum Teil schon in der „Freien Welt“ erschienen. In dem neuen Zusammenhange der Broschüre gewinnen sie noch an Schlagkraft und politischer Bedeutung. Zahlreiche neue Bilder zeigen die Stützen des Postsystems und seine Begleiterscheinungen teils in drastischer Karikatur, teils in revolutionärer Darstellung. Die kleine Broschüre wird weiter dazu dienen, die Massen aufzuklären; denn niemand glaubt in unserer Va-zeit, daß mit dem Ende der Wahlen ein Ende des Aufklärungskampfes gekommen ist.

### == Aus der Provinz. ==

#### Prinzliche Großgrundbesitzer.

Die „Breslauer N. N.“ melden: Stettin. Im Auftrag eines hertoglichen Prinzen hat die Firma Dr. Kornfeld-Breslau das Frei-

gut Branzenhof, Bessher Aufrechtig, für 1 400 000 Mark und das Arthur Scholz gehörige Rittergut Gänich im Kreis Wohlau für 1 1/2 Millionen Mark erworben. Der Prinz hat also für fast eine halbe Million Mark Markt Besitz gekauft, er kann demnach trotz der sogenannten Revolution ein sehr prächtiges Dasein führen. Gewiß er, abgesehen von der Ausbeutung der Landarbeiterschaft, in den Gütern Zentralen der Konturrevolution einzuzeichnen?

S. P. Frankenstein. Seit dem 13. Dezember 1918 geschied der Kirchenausritt durch persönliche und mündliche Erklärung auf dem zuständigen Amtsgericht. Die Benachrichtigung über Streichung Ihres Namens im Kirchenregister wird Ihnen dann einige Tage später vom Gericht zugestellt. Vorherige Anmeldung oder andere Formalitäten gibt es nicht.

### == Totales. ==

Breslau, den 17. Juni

#### Freitag, den 18. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr

### Massenversammlung der U. S. P. D. in den „Zentralballsälen“, Westendstraße 50/52.

Thema: „Warum tritt die U. S. P. D. nicht in die Regierung ein?“

Redner: Stadtoberordneter Gruschwitz, Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen. Der Ortsrat der U. S. P. D.

### Arbeiter! Angestellte!

Der bürgerliche Massenstaat beginnt Euch die Steuern vom Lohn abzuziehen. Nicht genug, daß die Bourgeoisie Euch durch indirekte Steuern zur Zahlung ihrer Kriegsschulden in unglaublicher Weise heranzieht, jetzt wird Euch obendrein die Einlösung der rationierten Lebensmittel durch Lohnabzüge unmöglich gemacht!

### Heraus zur Protestdemonstration

am Montag, den 21. Juni, abends 6 Uhr auf dem Schloßplatz!

Der Vollzugsrat.

#### Gegen die „Volkswacht“.

Genosse W. Ziegler\*) schreibt uns: Es gibt keine Zeiten, in denen mehr gelogen wird, als während des Krieges und vor den Wahlen. Jede Partei sucht für ihr Programm Stimmung zu machen und alle Mittel, auch die gemeinsten, werden angewandt. Millionen Flugblätter gehen übers Land, um die Menschen für eine bestimmte Partei einzufangen, und wer den größten Gelddiener hat, kann am besten das Volk in seinem Sinne beeinflussen. Wer die meisten Redner bezahlen kann, um sie ins Land hinauszufahren, hat einen großen Vorsprung gegenüber anderen Parteien. Ganze Serien von Tageszeitungen sind vor den Wahlen von verschiedenen Parteien aufgekauft worden, um dadurch die Leser in die Hand zu bekommen, und dann geht los: da werden Versprechungen gemacht, Verbreden am arbeitenden Volke werden verübt, es wird gelogen, daß sich die Balken biegen, Redner der Gegenpartei werden verhöhnt, nach Strich und Faden verleumdert, und die Partei, die den größten Gelddiener oder die meisten Zeitungen und den größten Rednerapparat zur Verfügung hat, bleibt dann Sieger, weil das Volk noch zu einem beträchtlichen Teil politisch indifferent ist. So mancher Abgeordneter nimmt dann im Parlament seinen Platz ein, weil seine Partei einen Berg Quartale und dadurch einen gewaltigen Wahlsapparat in der Hand hatte.

Kurz vor den Wahlen sprach ich in einer hiesigen Versammlung der Eisenbahner. Die „Volkswacht“ brachte über mein Referat einen derart entstellten, gemeindemagogischen Bericht, daß ich mich, auch heute nach der Wahl, dagegen wehren muß. — Das Parlament! Die meisten Beschlüsse der National-Versammlung werden von einem Teil der Behörden einfach sabotiert, das Militär macht was es will und kümmert sich nicht um die Regierung. Wo sind die Erfolge in der Steuererhebung, soweit sie sich gegen das Großkapital richten? Den Arbeitern werden 10 Prozent vom Lohn abgezogen, damit man der Steuer sicher ist. Ein Parlament, dessen Beschlüsse von den Instanzen sabotiert werden, wird zur Quasibehörde herabgewürdigt und daher hielt ich es auf Wunsch meiner Wähler für meine Pflicht, so viel als irgend möglich die Arbeiterklasse über das Wesen des Parlaments aufzuklären, unter ihnen zu sein, um sie für den Sanktionskampf zwischen Kapital und Arbeit zu fähigen. Früher erklärten alle Führer der Sozialdemokraten, der Endieg des Proletariats wird nie im Infolge Arbeitsüberbürdung des Genossen Stecker



Parlament angefochten, das Parlament ist nur Mittel zum Zweck. Nicht Parlamente, nicht Führer können die Arbeiter aus der Lohnsklaverei befreien, sondern die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein. Dies waren meine Ausführungen in der erwähnten Versammlung, soweit sie mit dem Ausdruck „Quasselbude“ zusammenhängen. Die „Volkswacht“ rief meine Rede aus dem Zusammenhang, stellte alles auf den Kopf, um über den behafteten Gegner in der unflätigsten Weise herzufallen. Kann ich doch nicht dafür, daß die Rechtssozialisten seit 1914 ihre Gesinnung gewechselt haben wie ein schmutziges Hemd. Sie haben umgelernt, wie sie 1914 so schön der Willkürherrschaft Regierung erklärten. Ja, sie haben wirklich umgelernt, so stark, daß das arbeitende Volk sich den Schaden heftet. Ihre ganze Kriegspolitik war ihre Handlungen nach der Revolution waren arbeiterscheu. Sie sind keine Arbeiterpartei mehr, die naturwundenhaft links stehen muß, sondern eine Partei, die nach links haut, wie sich die Herren oft ausdrücken, und da ist es kein Wunder, wenn die S. P. D.-Führer wie Löbe und Pietsch erklären, wenn die Mehrheit des Volkes für eine Monarchie ist, dann fügen sie sich und fangen von vorne an.

Noch interessanter ist es, wenn Herr Pietsch von der S. P. D. auf einen Zwischenruf: „Warum habt ihr den Arbeiter die Waffen weggenommen?“ antwortet: „Weil die Arbeiter damit nicht umgehen können.“ Bizarriert zeigt das, daß sie sich lieber auf die reaktionären Truppen stützen, als auf die Arbeiter. Selbst nach dem Putz vom 13. März gab der Hauptführer der S. P. D., Koste, noch den Befehl: „Arbeiterbewaffnung ist mit Waffengewalt zu verhindern.“ Diese Sachen unterschlägt die „Volkswacht“ ihren Lesern. Und wie geht es erst mit dem Betriebsrätegesetz? Alle Anträge, die von den Unabhängigen gestellt waren, um den Arbeitern mehr Macht zu geben, wurden von der Fraktion der Rechtssozialisten abgelehnt. Hunderte Male haben die Minister der Rechtssozialisten sowie die Fraktion der Rechtssozialisten arbeiterscheu gehandelt; soll ich der „Volkswacht“ mit Material dienen? Baggonweise kann es geliefert werden. Es ist darum auch zu verstehen, daß sich die S. P. D. in öffentlichen Volksversammlungen schon vorher Anträge fabriziert, daß Gegner nur 1/4 Stunde oder gar nur 10 Minuten Redezeit erhalten und von jeder Partei nur einer sprechen darf, während von der S. P. D. mehrere reden und der Referent Stunden. Man will verhindern, daß die Unabhängigen der S. P. D. das Sündenregister vorhalten können. Bei uns, liebe Leute Volkswacht, war es üblich, jeden Redner sich frei aussprechen zu lassen, und wenn die „Volkswacht“ aufforderte, unsere Versammlungen nicht zu besuchen, so hat sie sich ganz die Praxis der Zentrumsparterie zu eigen gemacht, damit sich kein Schäflein verirre. Da uns die S. P. D. immer als Bruderpartei bezeichnet,

mache ich ihr den Vorschlag, eine Massenversammlung ihrer Mitglieder zusammen mit unseren Mitgliedern zu veranstalten. Da die S. P. D. ja immer mit der Mißzahl ihrer Mitgliedschaft prahlt, muß sie ja die Mehrheit in der Versammlung haben. Gleiche Redezeit der Referenten. Der Redner der S. P. D. mannet sich mit dem angeblichen Lastenmaterial der Sünden der U. S. P. gegen die Arbeiter und ich werde mit Lastenmaterial von Riesengröße dem S. P. D.-Referenten gegenüberstellen. Jede Parteileitung sorgt für unbedingte Ruhe ihrer Leute in der Versammlung, und dann wollen wir sehen, wie die Mitgliedschaft ihres Vereins die Augen aufreißt. Bitte, machen wir uns einmal das Vergnügen. Wir wäre es sehr angenehm, wenn die S. P. D. Redner wie Löbe, Feine, Landsberg, auch Koste oder Voigt ist angenehm, hellen würde, weil diese Führer ja viel Verantwortung für die Politik zum Schaden der Arbeiter auf sich geladen haben. Wie wäre es also, liebe Leute Volkswacht, mit einem solchen Tanz?

Genosse George, Michaelisstraße, teilt uns antwortlich der Frage des Herrn Pietsch von der S. P. D., ob George etwa mal einem katholischen Arbeiterverein angehört habe, mit, daß er nie weder einem katholischen noch einem evangelischen Arbeiterverein angehört hat. Damit fallen alle Behauptungen des Herrn Pietsch in sich zusammen.

**Protest der Breslauer Arbeiterräte gegen das Münchener Blutregime.**

In der Volksversammlung der Breslauer Arbeiterräte am Montag, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Breslauer Arbeiterräte wendet sich mit aller Schärfe gegen die in München gefällten Urteile gegen zwei Arbeiter, die als Angeklagte im Geißelmordprozess zum Tode resp. zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden. Daß von dem bürgerlichen Blod regierte Bayern entwickelt sich langsam zu jener Höhe, von der dann die Arbeiterschaft mit ungarischen Methoden beglückt werden soll. Das Münchener Proletariat hat diesen Methoden und ihren Trägern den schärfsten Kampf angelegt. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland hat die Pflicht, es in diesem Kampfe zu unterstützen. Die Volksversammlung der Arbeiterräte in Breslau protestiert daher mit aller Entschiedenheit gegen die neuen Schandtaten der bürgerlichen Justiz.

Der Vorstand der Syndikalistischen Vereinigung teilt uns mit: In unserer letzten Zusammenkunft am Sonnabend, den 12. Juni, befaßten sich unsere Mitglieder mit der Notiz

„Warnung“ in Nr. 63 der „Schließlichen Arbeiter-Zeitung“ vom 10. Juni und erklärte, daß die persönlichen Spitzelarbeiten des Herrn Wölter, Wallstr., gegen einige Genossen der U. S. P. ohne ihr Wissen erfolgt sind und die Syndikalistische Organisation mit dieser Tätigkeit des Herrn Wölter nichts gemein hat.

**Der Kartoffelpreis.**

In einem Blatte des Schließlichen Landbundes an den Ausschlagjahren ist ausgeführt, daß das Pfund Kartoffeln 60 Pfg. kostet, daß der Landwirt nur 14% Pfg. erhält und daß die Verteuerung durch die Ausschaltung des Faschhandels und Einfuhr geringerer Lebensmittelmengen bedingt ist, die spielend im Lande selbst erzeugt werden könnten, wenn die Rückschlüsse des Schließlichen Landbundes befolgt würden. Hierzu will uns das städtische Presseamt zur Aufklärung mit: Nachdem die letzten Auslandskartoffeln nicht mehr bezogen zu werden brauchen, hat der Magistrat den Kleinverkaufspreis herabgesetzt, neuerdings auf 35 Pfg. Daß aber überhaupt Auslandskartoffeln mit Millionenverlusten vom Reich bezogen werden mußten, ist darauf zurückzuführen, daß die Landwirte seinerzeit mit ihren Kartoffelvorräten in durchsichtiger Absicht zurückgehalten haben. Jetzt zeigt es sich, daß noch genügend Kartoffeln vorhanden waren, nachdem insbesondere Oberösterreich mit polnischen Kartoffeln überflutet worden ist und demzufolge im Gegensatz zu früheren Jahren die für ganz Oberösterreich in Frage kommenden Kartoffeln aus dem übrigen Schließen frei wurden. Daß der einzelne Landmann die Kartoffeln billiger abgeben kann, als die Stadt, ist für jeden denkenden Menschen selbstverständlich. Die öffentliche Wirtschaft bedingt die Veranziehung und Anammlung großer Mengen, um sie gleichmäßig zu verteilen. Die Stadt Breslau hat allein 2 Millionen Zentner der Bevölkerung zu verschaffen. Daß bei solchen gewaltigen Mengen große Schwundverluste — auch in normalem Umfange — entstehen und große Aufwendungen für Arbeitskräfte, für Material, Kellermieten, Feldbahnen, Gepanne usw. zu machen sind, muß bei den heutigen Preisverhältnissen jedem klar sein. Außerdem ist in dem Kleinverkaufspreise die Verdienstsparne für Abfahrer und Kleinändler mit 1,30 Mk. und 3,50 Mk. enthalten.

**Achtung!**

Eine hiesige Zeitung brachte dieser Tage eine Notiz, nach der sich ein Verbrecher als Beauftragter des Wohnungskommissars ausgegeben und eine Wohnungsinhaberin mit dem Revolver bedroht hat. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß es im eigenen Interesse aller Wohnungsinhaber liegt, sich in jedem Falle die *Kusswartzarte* vorzeigen zu lassen.

**Arbeiter-Stenographen, System „Vrendt“.** Der Saal des Hauses Schließen findet in *Wörlich* am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Ramenlos“, Wallstraße 56, statt. In Anbetracht der wichtigen Verhandlungen werden die Mitgliedschaften erbeten, Vertreter zu entsenden. Eingemittelt werden wollen ihre Adresse an G. Mauermann, Postfach b. Dresden, Bachstraße 1b, senden.

Wer im Lunapark sich wirklich amüsieren will und einen vollen Genuß von seinem Besuch wünscht, tut gut, statt am Sonntag, wo Karawanen von Menschen nach Morgenau in den Breslauer Prater wandern, sich einen Wochentag auszusuchen.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Kubinski; für die Inserate Fritz Ulbrich; Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Samstags 7 Uhr:  
Die Jüdin.  
Freitag 7 Uhr:  
Janou.

**Thalia-Theater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Rose Bernd.

**Schauspielhaus.**  
Operntheater. II R. 25-45  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Schöne von Athen  
Samstag nachm. 8 1/2 Uhr:  
Der tolle Bauer.

**Viktoria-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
„Heirate deine Frau“

**Figaro-Theater**  
Bischofsstraße 45  
Fernspr. Ohio 1769.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Clara Fröhlich und  
Gustav Birkholz  
Irene Friedel-Schöngalla,  
Herta von Burrough, Max Schanz,  
Charlotte Klein,  
Mary Probst,  
Wanda Mennar,  
schöne Sängerinnen  
von Walter W. Gifford

**LIEBICH-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Sitzspiel des Meeres  
Operetten-Theaters  
Berlin  
„Die Dame vom Zirkus“  
Operette von  
Karl und Pauline  
Krauß von Walterburg

**Cirpus Straßburger**  
Breslau-Teichacker  
Tel. 2.192.  
Täglich  
Mittwoch, Sonntagabend  
und Samstag auch 3 1/2 Uhr  
4 Benti-4  
die besten  
Schlund vorstell-  
akrobaten  
und das weitere  
Spielprogramm  
Tiere und Proben  
täglich 10 bis 11 Uhr  
Mittwoch 11 bis 12 Uhr  
Freitag 11 bis 12 Uhr  
Sonnabend 11 bis 12 Uhr  
Sonnabend 11 bis 12 Uhr

**Luna Park**  
Höflich geöffnet.

**Habarett KAKADU**  
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.  
Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 8 Uhr.  
Das glänzende Juni-Programm.

**M. Gadatsch Postsäle (früher Weide-Pöpelwitzstr. 2.)**  
Morgens Freitag sowie jeden Sonntag  
**Grosser öffentl. Tanz**  
Schließen- u. Tourantanz. Anfang 5 Uhr.  
Für Vereine sind noch Sonnabende zu vergeben

**Schöne helle Schlafzimmer**  
bestehend:  
1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentanfeleermatratzen und Kissen, 2 Nachtschische mit Platte  
**Max Giesel**  
Brüderstr. 23.

**Kranke**  
Harnröhren-, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.  
Heilkundiger Fr. Joschke,  
Palmstr. 22, II. Tel. 616/224.  
9-1 3-7, Sonntags 9-12.

**Schuh-Spezial-Haus**  
Größtes Lager aller Schuharten für alle Schichten Billige Preise! der Bevölkerung  
**S. Schiffan, Neue Graupenstr. 7**



**Union-Theater**  
Graupensirasse 6.  
Eva May in  
Die Braut des Entmündigten  
Acht. Gesell. Liebesroman  
Drama schön. 5. akt. Mädchen  
5. große Akt.  
Ein tüchtiger Kerl!  
Jungfrau wird Schenck  
Wieder erst! Kränzen!

**Walhalla-Theater**  
Am Wachtplatz  
Henry Porten in  
**Rose Bernd**  
Achtung! Achtung!  
Liederspiel über die Verführung  
des berühmten Schauspielers  
Gerhard Hauptmann  
und der glänzenden Spiel-  
führerin Frieda Schott.

**Zeltgarten**  
Dir Hans Krönsnik  
im herrl. Garten.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Ab 16. 6. 20.  
vollständig  
neues  
Programm!

**Achtung! Wo?**  
Wo man sein und sein  
Mittel seine ganze  
Richtung zu heben  
und vertiefen?  
Bei H. Kluge,  
Neuack 12, 1. Etg.  
**Summiwaren**  
Erdbeeren, Rosenbeeren,  
Erdbeeren, Zuckerkuchen,  
Zuckerkuchen,  
E. Klose,  
Grosses L. Nikolaistr. 23  
3. Haus vom Markt.

**Wie ist die Kriegführung beizulegen?**  
Der Berichtspunkt des internationalen Konvents  
von H. S. Braun, Paris 4. H.  
**Ueber proletarische Ethik**  
Die proletarische Ethik vom Standpunkt  
der realistischen Philosophie.  
Aus dem Russischen, Paris 2. H.  
**Die Internationale, Heft 23**  
zu beziehen durch:  
**Romm. Bucherei, Breslau 5**  
Grosser Markt 42.

**Zigaretten - Zigaretten**  
Kauft Euren Bedarf an  
Zigaretten und Zigaretten  
bei dem  
**Genren Karl Springer,**  
Gottesberg, Topfmarkt.  
Gute reelle Qualitäten! Billige Preise!

**Distrikt 7**  
bei Schmaus, Leuchtstraße 18  
Freitag 7 Uhr abend  
**Distriktsversammlung.**  
Referat des Genossen Jäschke  
über: U. S. P. und politische Lage.  
Genossen!  
Erscheint mit Euren Frauen und Frauen  
in Massen!  
Bringt Genossen von der S. P. D. mit.

**Distrikt 6**  
Lehmgrabenstraße 91  
Heute abend punkt 7 Uhr **Distriktsabend**  
Referent Genosse Gruschwitz  
**Am Dienstag, den 22. Juni**  
abends 1/2 8 Uhr, findet eine  
**außerordentliche**  
**Frauen-Versammlung**  
in den  
„Elsensälen“ Friedr. Wilh.-Str.  
statt. Es ist Pflicht aller Genossinnen  
zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Werbt Abonnenten**  
für die „Schließ. Arbeiter-Zeitung“.